



Amtsgericht Jülich

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 25.02.2026, 08:45 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 1.06, Wilhelmstr. 15, 52428 Jülich

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Glimbach, Blatt 296,

BV Ifd. Nr. 15

Gemarkung Glimbach, Flur 4, Flurstück 231, Gebäude- und Freifläche, Grüner Weg 10, Größe: 410 m²

versteigert werden.

Eingeschossiges, in 1969 einseitig angebautes, voll unterkellertes Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Garage in 52441 Linnich-Kofferen, Grüner Weg 10. Grundstücksfläche: 410 m², Wohnfläche: rund 189 m². Teilmodernisierung in 2011.

Es besteht Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf.

Ein Teil des Hauses ist auf das ostwärtige Nachbargrundstück überbaut.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 07.03.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

253.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.